



Liebe Leserinnen und Leser,

vorweg wünsche ich auch an dieser Stelle noch ein frohes neues Jahr, in das Sie hoffentlich gut gestartet sind. Nach den Feiertagen und einer damit verbundenen Zeit des Sammelns läuft der bundespolitische Betrieb längst wieder auf Hochtouren.

Schon die erste Sitzungswoche in 2026 war prall gefüllt, und ich durfte dabei auch gleich wieder im Plenum sprechen, und zwar u.a. zum Thema „Mittelstand stärken“ – einer zentralen Herausforderung, die auch daheim in NRW gleich zu Beginn des Jahres Gegenstand verschiedener Veranstaltungen war.

Auch im Südkreis gab es eine gleichermaßen hohe wie abwechslungsreiche Termindichte, die von Neujahrsempfängen, über Unternehmens- und Bürgermeisterbesuche bis zur Bürgersprechstunde reichte. Und nach der heute endenden zweiten Sitzungswoche klingt schon „et Trömmelche“ des heimischen Brauchtums und bittet zum Sitzungskarneval.

Reichlich „Stoff“ also für einen auch in diesem Jahr buntgemischten Newsletter. Viel Vergnügen damit!

Ihr und Euer
Dr. Klaus Wiener

Startschuss: Das erwartet uns 2026

So ein Übergang in ein neues Jahr ist immer eine gute Gelegenheit innezuhalten und zu resümieren, was das alte Jahr gebracht hat, und was nun vor uns liegt. Und auch ohne die berühmte Glaskugel zu besitzen, kann ich doch sagen, was wir 2026 mit Sicherheit angehen müssen – und werden.

2025 brachte – vor allem geopolitisch und wirtschaftlich – enorme Herausforderungen. Positiv dabei ist, wie unsere neue Regierung diese Herausforderungen angeht – nämlich sehr viel stärker, als es medial oftmals zugestanden wird. Seit Amtsantritt von Bundeskanzler Friedrich Merz wurden nicht weniger als 80 neue Gesetze verabschiedet, und zwar auch und gerade in Schlüsselthemen wie „Migration“ und „Bundeswehr“, zur Steigerung unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit und für den Ausbau sicherer, sauberer und bezahlbarer Energie.

Dabei ist mir natürlich sehr bewusst, dass das nur der Anfang sein kann und die nach wie vor drängenden Probleme keine Verschnaufpause dulden. Eine zentrale Aufgabe bleibt weiterhin die Entlastung

unseres Mittelstandes. Wichtig sind hier vor allem ein Bürokratieabbau, der auch die kleinen und mittleren Unternehmen erreicht, sowie Maßnahmen zur Bekämpfung des Arbeits- und Fachkräftemangels. Ebenfalls dringender Handlungsbedarf besteht in Sachen Staatsmodernisierung, Steuerentlastung sowie Digitalisierung.

Und nicht zuletzt muss unser Sozialstaat fit gemacht werden für die Zukunft. Friedrich Merz hat Recht, wenn er sagt: „Soziale Sicherungssysteme müssen zur Wirtschaftsfähigkeit eines Landes passen.“ Hier ist in den vergangenen Jahren einiges gravierend schiefgelaufen.

Die dadurch verlorengegangene Balance wieder herzustellen, ist eine unserer dringlichsten Aufgaben. Was dabei keiner braucht, sind Erbschaftssteuern, die unsere Unternehmen in der Generationsnachfolge belasten. Und wenn wir sehen, dass heute die Lohnnebenkosten bei 42 Prozent liegen, ist klar, dass die nicht weiter steigen dürfen, wenn wir gute Arbeitsplätze erhalten und ausbauen wollen.



In der vergangenen Woche habe ich beim Wirtschaftsbeirat Bayern in München die Regierungsvorhaben zur Energiewende vorgestellt. Unsere Kernbotschaft: Energie muss sicher, sauber und bezahlbar bleiben – mit gleicher Gewichtung von Kosteneffizienz, Versorgungssicherheit und Klimaneutralität. Die aus meiner Sicht wichtigsten Maßnahmen: Abschaffung der Gasspeicherumlage, Senkung der Netzentgelte, dauerhafte Stromsteuerentlastung für Unternehmen und ein befristeter Industriestrompreis. Zur Versorgungssicherung läuft dieses Jahr eine Ausschreibung für 12 GW steuerbarer Kapazitäten (10 GW H2-ready Gaskraftwerke, 2 GW technologieneutral) und die Einführung eines Kapazitätsmarkts ab 2027. Beim Gebäudebereich steht zudem eine Novelle an, die das Heizungsgesetz technologieoffen reformiert und den Heizungstausch erleichtert.



Im Plenum: Mittelstand und Bürokratie

Im Plenum habe ich zum Grünen-Antrag „Mittelstand jetzt stärken“ Stellung genommen. Grundsätzlich teilen wir das Ziel, den Mittelstand zu stärken. Aber Glaubwürdigkeit zählt: Viele der 27 Forderungen hätten die Grünen unter Leitung ihres Wirtschaftsministers umsetzen können – sie taten es aber nicht. Die unionsgeführte Bundesregierung hingegen hat bereits in den ersten Monaten nach Amtsantritt konkrete Schritte unternommen: Bürokratieabbau, Infrastrukturertüchtigung, steuerliche Investitionsanreize, Entlastungen bei Energie- und Netzentgelten sowie die Abschaffung der Gasspeicherumlage. [Die ganze Rede sehen Sie hier.](#)

Des Weiteren habe ich zu einem Antrag der AfD gesprochen, ebenso zum Thema Bürokratie- und Steuerbelastung für kleine und mittlere Unternehmen. Einen Antrag, den wir nur ablehnen können – nicht nur weil dieser fachliche Mängel aufweist, sondern weil wir beim in den letzten Monaten bereits einiges auf den Weg gebracht haben. Zu nennen ist hier etwa das Investitionssofortprogramm mit seiner umfassenden Senkung der Unternehmenssteuern oder das Standortfördergesetz, das privates Investieren in Deutschland wieder attraktiver macht. [Die ganze Rede sehen Sie hier.](#)



Jahreswirtschaftsbericht

Der Jahreswirtschaftsbericht ist erschienen und stellt eine klare Diagnose: Deutschland braucht mehr als temporäre Impulse — wir brauchen eine ordnungspolitische Reformagenda, die Angebot und Wettbewerbsfähigkeit stärkt. Das Sondervermögen kann kurzfristig Wachstum stützen, ersetzt aber nicht die strukturellen Anpassungen, die Produktivität und Beschäftigung dauerhaft erhöhen. Deshalb müssen Subventionen kritisch geprüft, Bürokratie abgebaut und Ausgaben priorisiert werden, damit der Staat auch bei den geopolitischen Risiken handlungsfähig bleibt. Gleichzeitig gilt es, Fehlanreize im Sozialstaat zu beseitigen: Eine bessere Abstimmung von Transferleistungen kann Erwerbsanreize stärken, ohne die soziale Absicherung zu schwächen. Bei der Unternehmensbesteuerung ist das Ziel klar: langfristig wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen schaffen, die Investitionen fördern und Arbeitsplätze sichern. Genau auf diese Reformagenda habe ich in meiner Rede zum Jahreswirtschaftsbericht hingewiesen ([hier ansehen](#)). Ich bin mir sicher, dass wir mit dieser Regierung auf einem guten Weg sind, die Trendwende zu schaffen.

Im Deutschlandfunk-Interview zum Reformbedarf

Im Deutschlandfunk-Interview habe ich jüngst die wirtschaftspolitische Linie der CDU skizziert: **Wachstum durch gezielte Investitionen** in Digitalisierung, Bildung und Infrastruktur, verbunden mit verlässlicher **Haushaltsdisziplin**. Wir brauchen pragmatische, technologieoffene Lösungen, die Energiesicherheit und Klimaschutz in Einklang bringen. Kurzfristig sind verlässliche Übergangslösungen und gezielte Entlastungen für Industrie, Familien und Mittelstand nötig, um Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze zu sichern. Langfristig setze ich aber auf strukturelle Reformen, die Innovationskraft und unsere Standortbedingungen stärken. Entscheidend ist ein konstruktiver Politikstil: Dialog mit Bürgern, Wirtschaft und Verbänden sowie Zusammenarbeit über Parteidgrenzen hinweg, um praktikable, nachhaltige Entscheidungen zu treffen. Mein Ziel bleibt, soziale Verantwortung mit wirtschaftlicher Handlungsfähigkeit zu verbinden und Deutschland zukunfts-fest zu machen. [Das ganze Interview hören Sie hier.](#)

Impressum

Dr. Klaus Wiener MdB
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Tel. 030 - 227 75621
 Mail: klaus.wiener@bundestag.de

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, [klicken Sie hier.](#)

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30.01.2026

In den Medien

Lokal Anzeiger Erkrath:

„Klaus Wiener zu Gast im Erkrather Rathaus“

[Hier den Artikel lesen.](#)

Supertipp:

„Klaus Wiener auf Israel-Reise“

[Hier den Artikel lesen.](#)

Deutschlandfunk:

„Wiener für mehr Steuerwettbewerb der Länder“

[Hier den Artikel lesen.](#)

WAHLKREIS



Zwischen Rhein und Spree

Aktuelles aus Berlin und dem Wahlkreis von Dr. Klaus Wiener

Empfang in Monheim: Optimistisch ins neue Jahr



Im Gespräch mit Stadtoberhäuptern



Für meine Arbeit ist der direkte Draht zu unseren Städten unerlässlich. So besuchte ich auf meiner ersten Runde der „Bürgermeister-Antrittsbesuche“ nach der Kommunalwahl unter anderem die Stadtoberhäupter **Sonja Wienecke** (Monheim) und **Vincent Endereß** (Haan).

Fazit: Zwischen der Bundes- und der Kommunalpolitik gibt es sehr viele Berührungs- punkte – und hier wollen wir im Sinne des Südkreises unsere Kräfte bündeln.



Starker Start ins Monheimer Polit-Jahr: Einmal mehr wurde der gemeinsame **Neujahrs-empfang** von örtlicher **CDU** und **Senioren-Union** zum besucherstarken Stelldichein und bot viel Raum für persönliche Gespräche in angenehmer Atmosphäre. Erkenntnis: Monheim zeigt, wie's geht – auch bei gewichtiger Erblast der Vorgängerregierung und unter schwierigen Mehrheitsverhältnissen.



Mittelstand im Mittelpunkt

Als frischgebackener Vorsitzender der Kreis-MIT hatte ich gleich Gelegenheit als Delegierter am **Mittelstandstag 2026** teilzunehmen und dabei unter anderem mit **Digitalminister Dr. Karsten Wildberger** zu sprechen. Gerade in der angespannten wirtschaftlichen Lage ist es extrem wichtig, die Rahmenbedingungen für Mittelstand und Handwerk deutlich zu verbessern. Nicht zuletzt, weil hier sehr viele Menschen gut ausgebildet werden und gute Arbeitsplätze finden, gilt mehr denn je: Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft.

Campus-Dialog mit politischem Nachwuchs

Besondere „Vorlesung“ an der **Universität Duisburg-Essen**: Auf Einladung der **KAS-Hochschulgruppe** sprach ich mit deren Stipendiaten über die wirtschaftlichen Perspektiven unseres Landes. Dabei ging es vor allem darum, Strukturreformen zu benennen, die es braucht, um Wohlstand auch für unsere kommenden Generationen zu sichern. Eine spannende Diskussion, die mir einmal mehr gezeigt hat, wie perspektivisch junge Menschen denken.





„Fair“ Erben oder Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland?

In den vergangenen Wochen wurde hierzulande vermehrt über höhere Erbschaftssteuern diskutiert. Losgetreten hatte die Debatte unser Koalitionspartner. Nach eigener Aussage geht es der SPD um „Steuergerechtigkeit“ und „Chancengleichheit“. Zu den Kernelementen des SPD-Konzepts „Fair“ Erben gehören folgende Punkte:

- Mit dem neuen Konzept sollen „erhebliche, ungenutzte Einnahmepotenziale“ des Staates gehoben werden;
- für private Erbschaften gilt ein Lebensfreibetrag von einer Million Euro pro Person;
- für Betriebsvermögen liegt die Freibetragsgrenze bei fünf Millionen Euro;
- die selbstgenutzte Wohnimmobilie aus Familienbesitz („Omas Häuschen“) bleibt steuerfrei;
- alle weiteren Vermögensübertragungen werden im Erbfall einem bislang nicht näher spezifizierten Steuersatz unterworfen.

Keine Substanzbesteuerung

Auf den ersten Blick mag es sich so anhören, als ob dieses Konzept mit großzügigen Freibeträgen versehen ist. Fakt ist aber, dass der Lebensfreibetrag für private Vermögen sehr schnell unter der aktuellen Grenze liegen kann, denn aktuell können alle zehn Jahre 400.000 Euro steuerfrei an Kinder vererbt werden. Noch viel gravierender ist, dass die Freibetragsgrenze für Betriebsvermögen lediglich bei fünf Millionen Euro liegt. Dieser Betrag ist selbst bei kleineren beziehungsweise mittleren Unternehmen sowie Handwerksbetrieben aufgrund eines oftmals großen Maschinenparks und den dazugehörigen Gewerbeimmobilien schnell erreicht. Damit würden sehr viele Unternehmen bei einem Generationenwechsel einer erheblichen steuerlichen Belastung ausgesetzt. Das kostet im günstigsten Fall Arbeitsplätze; im schlimmsten Fall kann es den Fortbestand eines Unternehmens gefährden.

Zwar sieht das Konzept der SPD Stundungsregeln vor, mit denen die anfallende Erbschaftssteuer über einen Zeitraum von 20 Jahren gestreckt werden kann. Tatsache ist aber, dass diese Steuern aus den zukünftigen Gewinnen des Unternehmens kommen müssen. Damit belasten sie neue Investitionen sowie dringend benötigte Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Standort Deutschland. Substanzsteuern, so wie sie im Konzept der SPD anfallen würden, sind für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes immer schlecht. Im aktuellen Umfeld, das von einer tiefen wirtschaftlichen Strukturkrise geprägt ist, wären sie sogar Gift! Konkrete Steuersätze sind im Konzept bislang nicht genannt; es wird aber mit Einnahmen im „niedrigen einstelligen Milliardenbereich“ gerechnet. Verschwiegen wird aber, welche Zusatzkosten sich für die Gesellschaft und den Staat aufgrund von Firmenaufgaben und verlorenen Arbeitsplätzen ergeben würden. Meines Erachtens wäre der Nettoeffekt potenziell sogar negativ. Allein deshalb verbieten sich Erbschaftssteuern, die unternehmerische Substanz gefährden könnten.

Wirkliche Chancengerechtigkeit erfordert geringe Belastungen für das Arbeitseinkommen

In einem Punkt adressiert das Konzept allerdings ein Problem, dem wir uns als Gesellschaft meines Erachtens stellen müssen: Es geht um Steuergerechtigkeit. Zu Recht sorgen wir uns als Gesellschaft, dass hohe Erbschaftssteuern Arbeitsplätze gefährden könnten. Nicht minder problematisch ist aus meiner Sicht aber, dass Arbeitseinkommen in Deutschland mit extrem hohen Steuern und Abgaben belastet sind. Selbst im mittleren Einkommenssegment fallen Gesamtbelaestungen von rund 50 Prozent an. Schlimmer noch: Rechnet man alle direkten und indirekten Steuern und Abgaben zusammen, so liegt der Selbstbehalt einer ledigen Person in Deutschland nur noch bei 35 Prozent. Die anderen 65 Prozent gehen nach Berechnungen der OECD für Steuern und Abgaben drauf. Angesichts dieser Belastung des Arbeitseinkommens und angesichts der massiv gestiegenen Preise für zum Beispiel Wohnimmobilien macht sich in Teilen der jungen Generation zunehmend das Gefühl einer tiefstzuständigen Chancengleichheit breit. Und dieses Gefühl ist Gift für die Bevölkerung, sich am Arbeitsmarkt zu engagieren. „Leistung muss sich lohnen“, so lautet seit jeher ein zentrales Motto unserer CDU. Dieses Anliegen teile ich, denn eigene Leistung muss immer wichtiger sein als Herkunft.

Sollte es deshalb zu einem Kompromiss in der Frage der Erbschaftssteuer kommen, so sehe ich zwei Bedingungen als zwingend an. Erstens: Die Erbschaftssteuer darf die Zukunft von Unternehmen nicht gefährden; Substanzbesteuerungen müssen ausgeschlossen sein. Zweitens: Jedwede Mehreinnahme muss konsequent dazu genutzt werden, kleine und mittlere Einkommen zu entlasten, um so die Anreize für ein besseres Arbeitsangebot zu erhöhen. Der Wunschvorstellung, mit neuen Erbschaftssteuern schlicht die Einnahmen des Staates zu erhöhen, muss in jedem Fall eine Absage erteilt werden. Deutschland ist längst Hochsteuerland!